

## **Liebeseerklärung an die Idee eines grünen Individualismus**

Meiner grünen Schwester gewidmet

Ich liebe die Idee eines grünen Individualismus. Man kann sie in allen grünen Programmen und Grundsatzserklärungen finden. Zum Beweis werde ich aus dem Programm zur Bundestagswahl 1998 (PBW), aus den Politischen Grundsätzen (PG) und aus dem Bundesprogramm (BP) zitieren.

### 1. Die Grünen sprechen sich für die Freiheit des Individuums aus:

"Weil wir für die Selbstbestimmung, freie Entfaltung jedes Menschen sind ..., treten wir radikal für die Menschenrechte ... ein" (BP 5). "Neben der verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Garantie sind wir daher bemüht, die Menschenrechte auch im Alltag gegen staatliche Willkür ... zu verteidigen" (PG 23). "Die Menschenrechte können als präziser Maßstab zur Beurteilung des freiheitlichen und humanen Charakters einer politischen Ordnung ... aufgefaßt werden" (PG 22). "Die Möglichkeit und Befähigung zur Selbstbestimmung der Einzelnen ist eines der Leitprinzipien grüner Politik" (PBW 71). "Wir sind die Partei, die für die Bürgerrechte eintritt" (PBW 111).

### 2. Die Grünen gehen von einem Menschenbild aus, das die Motivation, die Kreativität und die Verantwortung des einzelnen Menschen in den Mittelpunkt stellt. Sie fordern "Zivilcourage" (PBW 9, 126), "Eigeninitiative" (PBW 71), eine stärkere Steuerbefreiung privater Risikovorsorge (PBW 65), verbesserte Zuverdienstmöglichkeiten für Sozialhilfeempfänger (PBW 74), "Hilfe zur Selbsthilfe" (BP 21), niedrigere Einkommensteuersätze (PBW 65) und "die verstärkte MitarbeiterInnenbeteiligung an Unternehmen" (PBW 10). Deshalb wenden sie sich gegen "Duckmäusertum und Anpassung" (BP 28), gegen "Hierarchiedenken" (BP 7), gegen "die patriarchalischen Strukturen unserer Kultur und Gesellschaft" (PG 31), gegen "Entmündigung" (BP 44) und gegen "staatliche Bevormundung" (PBW 100). Zur Eigenverantwortung gehört auch das Verursacherprinzip im Umweltschutz (BP 22, PBW 18).<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Das Bekenntnis zur Selbstverantwortung ist auch bei den Anhängern der Grünen stark ausgeprägt. Wie eine Umfrage vom Juli 1999 ergab, stimmen 89 Prozent der Grünen-Anhänger der

3. Die Grünen wollen Minderheiten aller Art vor Unterdrückung und Diskriminierung schützen (z.B. PBW 112, 122, BP 38) und sich für die "Behauptung von Vielfalt" (PG 38), "die gewissenhafte Suche nach Konsens" (PG 35, PBW 40), eine "von gegenseitiger Achtung und Toleranz bestimmte Geisteshaltung" (PG 37) und "die weltanschauliche Neutralität des Staates" (PBW 117) einsetzen.

4. Um die Freiheit der Einzelnen und der Minderheiten zu schützen, sprechen sich die Grünen für eine strikte Kontrolle staatlicher Macht aus:

"Das dem Staat übertragene Gewaltmonopol muß ... durch Verfassung und Gesetze auf das Notwendige beschränkt und durch die Verfassung begrenzt bleiben sowie einer ständigen und umfassenden Kontrolle durch eine unabhängige Justiz und demokratische Entscheidungsorgane unterworfen sein ... Wir befürworten die Gewaltenteilung" (PG 34).

5. Die Grünen wollen die Dezentralisierung des Staates – sogar in Europa:

"Politik ... gelingt am besten in selbstbestimmten und selbstversorgenden überschaubaren Wirtschafts- und Verwaltungseinheiten (BP 4). "Wir wollen ... die Entscheidungen dezentralisieren, Föderalismus und Selbstverwaltung stärken" (PG 29). Es "werden immer mehr Entscheidungen mit dem Argument der "Zentralisierung", "Vereinheitlichung", "Beschleunigung" oder "Vereinfachung" durch die Regierungen dem Zugriff der Menschen oder sogar der Parlamente entzogen. Dies gilt in besonderem Maß für die Europäische Gemeinschaft, deren Exekutivorgane immer mehr Kompetenzen an sich ziehen. Der Abbau demokratischer Rechte in den Mitgliedstaaten wird hier durch den Aufbau einer wuchernden, zentralistischen und demokratisch nicht kontrollierten Bürokratie noch verschärft" (PG 27 f., so auch BP 29).

6. Weil die Grünen der Bürokratie, aber auch der politischen Klasse – kurz: "einer sich verselbständigenden Herrschaftsordnung" (BP 5) – mißtrauen, treten sie für mehr direkte Demokratie ein:

"Durch die Einführung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheid soll der Auftrag des Grundgesetzes endlich eingelöst werden, wonach die Staatsgewalt vom Volke in 'Wahlen und Abstimmungen' ausgeübt wird ... Auch über Verfassungsänderungen und internationale Verträge, die nationale Souveränitätsrechte auf internationale Organisationen übertragen, soll das Volk abschließend entscheiden können" (PBW 113). "Basisdemokratische Politik bedeutet verstärkte Verwirklichung dezentraler, direkter Demokratie" (BP 5).

---

Aussage zu: "Ich möchte selbstverantwortlich mit möglichst wenigen staatlichen Zwängen mein Leben gestalten und bin auch bereit, das Risiko für meine Entscheidungen selbst zu tragen". Bei den Anhängern der anderen im Bundestag vertretenen Parteien war der Anteil wesentlich niedriger (bei den FDP-Anhängern zum Beispiel nur 73 Prozent).

Damit sich die politische Klasse nicht verselbständigt, fordern die Grünen außerdem die "zeitliche Begrenzung aller politischen Ämter (Rotierendes System)", die Trennung von Amt und Mandat und ein Verbot der Ämterhäufung (BP 29).

7. Die Grünen wollen den Einfluß der Interessenverbände zurückdrängen, damit die Politik nicht von der Organisierbarkeit der Interessen, sondern von den Bedürfnissen der Bürger bestimmt wird:

"Lobbyismus als die Verquickung parlamentarischer Vertretungen mit ökonomischen Sonderinteressen lehnen wir ab" (PG 38).

Besonders wichtig ist dieses Anliegen im Umweltschutz (PBW 23, 33), wo die gut organisierten Produzenteninteressen (einschließlich der Betriebsräte) das ineffiziente System der Rationierung zum Nulltarif verteidigen und eine Lenkung über Umweltpreise verhindern wollen.<sup>2</sup> Die Grünen sind auch dagegen, daß der Staat gut organisierten Interessengruppen Steuervergünstigungen gewährt (PBW 65) oder ihnen Subventionen zahlt, zum Beispiel Kohlesubventionen (PBW 25) oder Agrarsubventionen, "die nur den Gewinn der großen Agrarunternehmer" sichern (BP 12).

8. Die Grünen sind für Wettbewerb in der Wirtschaft, damit der einzelne Bürger möglichst viel Wahlfreiheit genießt und Innovationen gefördert werden (PBW 41). Die Grünen wollen zum Beispiel die Fusionskontrolle verschärfen (PBW 51), Großkonzerne entflechten (BP 7), die Macht der Großbanken begrenzen (PBW 52), gegen die "enge Verflechtung von Banken und Großindustrie" vorgehen (PBW 52), einen "funktionsfähigen Risikokapitalmarkt als Alternative zum Bankensystem" entwickeln (PBW 54), "die marktbeherrschende Stellung der Stromkonzerne" durch eine "eigentumsrechtliche Trennung von Energieerzeugung, Energietransport und -verteilung" beenden (PBW 52, ebenso BP 11), die "Benutzung und Bewirtschaftung des Schienennetzes ... im Wettbewerb" ausschreiben (PBW 21), den Marktzutritt im Handwerk erleichtern (PBW 55) und "eine unabhängige europäische Kartellbehörde" einrichten (PBW 67).

<sup>2</sup> Roland Vaubel, "Politisch-ökonomische Hindernisse für eine effiziente nationale und internationale Umweltschutzpolitik", in: Peter Eichhorn (Hg.), Umweltorientierte Marktwirtschaft, Gabler: Wiesbaden 1996, S. 113-124.

9. Die Grünen sprechen sich für eine ordnungspolitische Orientierung der Wirtschaftspolitik aus:

In der Wirtschafts- und Finanzpolitik muß staatliches Handeln den Akteuren einen klaren und berechenbaren Rahmen bieten" (PBW 40).

Sie fordern zum Beispiel eine "ordnungspolitische Flankierung" der Arbeitsmarktpolitik" (PBW 45) und eine "ordnungspolitische" Garantie der Medienvielfalt (PBW 116).

10. Den Grünen schwebt eine offene Gesellschaft vor: sie fordern "den Mut ... zum Experiment, zum Neuen, ... zum Unkonventionellen" (PBW 9). Der SPD werfen sie vor, "eine strukturkonservative Partei" zu sein (PBW 11).

Alles dies sind Grundsätze, die das Herz des Individualisten höher schlagen lassen. Auch daß die Grünen vor einer "Überschätzung des materiellen Lebensstandards" warnen (BP 4) und die Erhaltung der natürlichen Umwelt auf ihre Fahnen schreiben, gefällt mir gut. Ich hätte zum Beispiel nichts gegen eine Verdoppelung der Mineralölsteuer. Wären diese Grundsätze alles, was ich über die Grünen wüßte, ich könnte – in Abwandlung eines Kennedy-Wortes – sagen: "Ich bin ein Grüner".

So weit die gute Nachricht. Doch jetzt mal eine Frage: Entsprechen denn die konkreten Politikvorschläge und die real existierende Politik der Grünen diesen individualistischen Zielen? Da kann man schon seine Zweifel haben und schwer ins Grübeln kommen.

1. Zur freien Entfaltung des Individuums paßt es schlecht, daß die Grünen lauter Verbote einführen wollen. Da sind zunächst einmal die diversen Tempolimits: es soll verboten werden, auf Autobahnen mehr als 100 km/h, auf Landstraßen mehr als 80 km/h und innerorts mehr als 30 km/h zu fahren (PBW 19). Außerdem heißt es: "Der zulässige, maximale Benzinverbrauch ist zu begrenzen und stufenweise zu senken" (BP 15). Weniger bekannt: der Gebrauch von Elektroheizgeräten für die Raum- und Wassererwärmung und jegliche "Stromwerbung" sollen verboten werden (BP 11). All das ist platter Zwang. Ist den Grünen denn wirklich jedes Mittel zur Erreichung umweltpolitischer Ziele recht?

2. Zur freien Entfaltung des Menschen gehört auch die Vertragsfreiheit. Die Grünen wollen die Vertragsfreiheit aber massiv einschränken. Sie fordern Frauenquoten in Politik, Staat und Wirtschaft (z.B. PG 32 f., PBW 102), Mietkontrollen (PBW 84), eine schärfere Beschränkung der maximal zulässigen regelmäßigen Wochenarbeitszeit durch das Arbeitszeitgesetz (PBW 45) und die Rationierung des Arzneimittelverbrauchs durch staatlich vorgegebene Globalbudgets (Gesundheitsministerin Fischer). Private Funk- und Fernsehsender (BP 43) sollen verboten sein. Die Grünen wollen auch, daß der Staat eine bestimmte Unternehmensverfassung vorschreibt – und zwar sollen die Betriebe "von den dort Arbeitenden demokratisch selbstverwaltet werden" (BP 7). Freie Vereinbarungen zwischen den Betroffenen und einen Wettbewerb der Institutionsformen soll es also nicht geben. Die Grünen sind nicht für Deregulierung (PBW 44), sondern für "eine gemeinsame Politik der Regulierung der Wirtschaftsbeziehungen" (PBW 140).

3. In den Politischen Grundsätzen der Grünen heißt es:

"Wir stellen dem Vorsatz egoistischer Einzelinteressen unser Interesse an einer durch Vernunft geordneten Welt entgegen" (PG 35).

Die Grünen sehen also nicht, daß es eine vernunftgemäße Ordnung geben kann, in der die Verfolgung egoistischer Einzelinteressen niemandem schadet, sondern allen Beteiligten nützt. Das ist die Marktwirtschaft. Weil jeder Vertrag die Zustimmung der anderen Seite voraussetzt, also beiden Seiten nützt, ist die marktwirtschaftliche Ordnung nicht nur ein vernünftiger, sondern sogar ein herrschaftsfreier Koordinationsmechanismus. Das Leitbild der Marktwirtschaft ist nicht die "Ellbogengesellschaft", sondern die Zustimmungsgesellschaft.

4. Freie Entfaltung setzt nicht nur Schutz vor staatlichem Zwang, sondern auch Schutz vor Übergriffen Dritter voraus. Dazu paßt nicht, daß die Grünen trotz stark gesteigener Kriminalitätsraten eine generelle "Herabsetzung von Mindest- und Höchststrafen" (PBW 129) fordern und speziell Ladendiebstahl, Schwarzfahren und Sitzblockaden "entkriminalisieren" wollen (PBW 130, 112).

5. Die Grünen sprechen sich für mehr Selbstverantwortung aus, aber sie sind gegen jegliche Zuzahlungen und Selbstbeteiligungen in der Krankenversicherung

(PBW 80), für die Gratisabgabe der Abtreibungspille (PBW 94), gegen jegliche – auch kreditfinanzierte – Studiengebühren (PBW 105) und für den "Nulltarif im Nahverkehr" (BP 16).

6. Zur freien Entfaltung der Einzelnen gehört auch, daß der Staat ihnen nicht einen erheblichen Teil ihres Einkommens oder ihrer Ersparnisse über Steuern und Abgaben wieder wegnimmt. Die Grünen wollen nicht nur höhere Umweltsteuern, sondern auch die Wiedereinführung der Vermögensteuer (PBW 66), eine besondere Vermögensabgabe (bis 2,5 Prozent) für die Ostförderung (PBW 60), höhere Erbschafts- und Schenkungssteuern (PBW 66), eine Umsatzsteuer auf Devisengeschäfte (PBW 68) und eine Erweiterung der Beitragspflicht in der Sozialversicherung – nämlich die Einbeziehung aller Erwerbstätigen und die "schrittweise Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenzen" (PBW 70, 77). Sie schlagen alle möglichen zusätzlichen Staatsausgaben – zum Beispiel im Bereich der Ausbildungsfinanzierung, des Wohngelds, der Sozialwohnungen, der Sozialhilfe, des Kindergelds, der Mindest- und Hinterbliebenenrenten, der Drogenpolitik usw. – vor, die ohne eine Erhöhung der Steuern und Abgaben gar nicht zu finanzieren sind.
7. In manchen Bereichen propagieren die Grünen sogar die Verstaatlichung der Produktion. Wie bereits erwähnt, möchten sie dem privaten Fernsehen und Rundfunk ein Ende setzen. Das "Maklerwesen" soll durch eine "kostenfreie örtliche Wohnungsvermittlung der Gemeinden" ersetzt werden (BP 14). Der Bund soll "Mittel für den Ankauf von Wohnungen" bereitstellen (PBW 85). Und natürlich soll der Individualverkehr – so weit wie möglich – durch den öffentlichen Nah- und Fernverkehr ersetzt werden (z.B. BP 15).
8. Die Grünen sprechen sich für eine Dezentralisierung aus, aber die meisten ihrer Vorschläge laufen auf eine Zentralisierung hinaus. Innerhalb der Bundesrepublik soll sich zum Beispiel der Bund an der Finanzierung der Sozialhilfe oder Grundsicherung beteiligen (PBW 64, 74). In der Europäischen Union wollen die Grünen "die europäische Sozialcharta" – gemeint ist das Sozialpolitische Abkommen von 1991, nicht die rein deklaratorische Sozialcharta von 1989 – "nutzen, um Standortdumping innerhalb Europas zu verhindern" (PBW 67). Sie

wollen die Beschäftigungspolitik auf europäischer Ebene koordinieren (PBW 50), den "Steuersenkungswettbewerb in Europa" stoppen (PBW 61, 141) und einen "Europäischen Investitionsfonds" errichten (PBW 50). Der Europäische Gerichtshof und das Europa-Parlament sollen gestärkt (PBW 114, 138) und Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat zur Regel werden (Außenminister Fischer), obwohl alle diese institutionellen Änderungen den Zentralisierungsprozeß in Europa nur beschleunigen können.

9. Die Grünen nennen sich basisdemokratisch, aber im Umweltschutz setzen sie sich nicht für die Emission handelbarer Umweltzertifikate ein, die auch von umweltbewußten Bürgern und Bürgerinitiativen aufgekauft und stillgelegt werden könnten. Stattdessen sind sie für die staatsautoritäre Steuerlösung, die den Bürger entmündigt und ihn zum Objekt grüner Umweltpolitik macht.
10. Die Grünen sprechen sich zwar dafür aus, den Einfluß der organisierten Interessengruppen zurückzudrängen und mehr Basisdemokratie zu wagen, aber was sie vorschlagen, ist Korporatismus in Reinkultur. Der Flächentarifvertrag soll erhalten werden (PBW 54), die Gewerkschaften sollen ein "Verbandsklagerecht" bekommen (PBW 53), und "§ 116 AFG, der die Streikmöglichkeiten der Gewerkschaften drastisch einschränkt", soll ersatzlos gestrichen werden (PBW 54).

Fazit: Die Politik der Grünen widerspricht ihren individualistischen Grundsätzen. Das Menschenbild ist nicht geklärt.

Vieles erinnert an Rousseau. Da ist nicht nur der Ruf "zurück zur Natur". Da ist auch derselbe Grundwiderspruch: die freie Entfaltung wird auf die politische Partizipation, der Bürger auf den Wahlbürger reduziert. Die Majorisierung wird zum Ideal. Man traut der Mehrheit, aber nicht dem Einzelnen.

Woher kommt diese unglaubliche Widersprüchlichkeit, dieses kunterbunte Durcheinander? Liegt es einfach daran, daß die Grüne Partei als Sammelbecken für frustrierte 68er (K-Gruppen, Rote Zellen, Spontis), Friedensbewegte und militante Atomkraftgegner entstanden ist? Oder sind die grünen PolitikerInnen vielleicht einfach zu sehr Amateure, als daß sie die Inkonsistenzen erkennen könnten? Oder handelt es sich vielleicht sogar um bewußte Irreführung?

Die Grünen sind eine Partei, und sie wenden sich an eine bestimmte Wählerklientel. Die Grünen sind die Partei der Jungen. Für die Jungen lohnt es sich am meisten, in die Erhaltung der natürlichen Umwelt zu investieren. Außerdem wollen sie sich von ihren Eltern emanzipieren – insofern (nur insofern) also die freie Entfaltung des Individuums und die Mitbestimmung der Masse. Die Jungen sind Habenichtse. Sie zahlen kaum Steuern, aber sie möchten mehr staatliche Umverteilung – auch zu ihren eigenen Gunsten. Das ist nicht eine Frage des Herzens, sondern der Interessenlage. Die Wähler der Grünen - das sind schließlich die Jungen und die ewig Jungen, die davon träumen, irgendwann einmal Assistenten eines wohlmeinenden Ministers oder Regierungschefs zu werden und ihre fortschrittlichen Ideen mit den Machtmitteln des Staates durchsetzen zu können.<sup>3</sup>

Die Älteren haben erfahren, daß sich die Interessenlage eines Menschen im Laufe des Lebens ändern kann, daß der Staat nicht nur zufällig, sondern aus systematischen Gründen versagt und daß manche der Ziele, die man ursprünglich für richtig hielt, gar nicht miteinander zu vereinbaren sind – daß man eben nicht alles haben kann, sondern Prioritäten setzen muß. Deshalb werden die Grünen auch nie eine Volkspartei werden. Sie werden immer die Partei der mehr oder weniger jungen Sozialisten sein – basisinnovativ und umweltbewußt, aber keineswegs widerspruchsfrei und letztlich vor allem kollektivistisch.

---

<sup>3</sup> Die folgenden Forderungen sind typisch für eine Jugendpartei:

1. großzügigere Studienfinanzierung für alle (PBW 106),
2. keine Studiengebühren (PBW 105),
3. keine hochschulinternen Auswahlverfahren (PBW 105),
4. breiterer Hochschulzugang (PBW 105),
5. studentische Mitbestimmung in der Hochschule (PBW 100),
6. verfaßte Studentenschaft mit allgemeinpolitischem Mandat (PBW 104),
7. Pennälergehalt (PBW 106),
8. mehr Plätze für Auszubildende (PBW 102),
9. Absenkung des Wahlalters auf 16,
10. Reduzierung der Bundeswehr (PBW 147),
11. Abschaffung der Wehrpflicht und des Zivildienstes (PBW 147),
12. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (PBW 47),
13. Förderung der Existenzgründung von Arbeitslosen (PBW 49),
14. Verkürzung der Lebensarbeitszeit (BP 7),
15. Abbau von Überstunden (BP 8),
16. mehr Kindergeld (PBW 75),
17. Verlängerung des Erziehungsurlaubs (PBW 75),
18. Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz (PBW 75),
19. kassenfinanzierte Abtreibungspille (PBW 94),
20. Nulltarif im Nahverkehr (BP 16),
21. mehr Sozialhilfe (PBW 43),
22. mehr Wohngeld (PBW 43),
23. mehr sozialen Wohnungsbau (PBW 85),
24. Mietkontrollen (PBW 84),
25. Steuerbefreiung privater Altersvorsorge (PBW 65),

